



# BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

11. JAHRGANG • NR. 68

MÄRZ 2012

## STANDPUNKT

- 2 Flughafen Köln/Bonn: Lärmschutz und Arbeitsplatzverlust zusammen denken

## HOMEPAGE

- 3 Aktualisierte Info-Broschüre 2012

## WAHLKREIS

- 4 Neujahrsempfang in Porz mit Sigmar Gabriel
- 5 US-Astronaut zu Gast in Porzer Schule
- 5 Kurz berichtet: Wahlkreistreffen; Girls' Day; Besuch der Luftwaffenkaserne Wahn

## KÖLN

- 6 Forum Bundespolitik mit Prof. Frank Decker
- 6 FES-Veranstaltung „Zeitbombe Internet“
- 7 Bahnknoten Köln
- 7 Sorge um Zusatzbelastung für den Flughafen

## BUNDESTAG

- 8 Typischer Ablauf einer Sitzungswoche
- 8 Kölner Unterstützung für Südafrika
- 9 Änderung des Telekommunikationsrechts
- 10 SPD will „Bundesverkehrsnetzplanung“
- 11 „Zukunftsdialog online“ zum Mitmachen
- 12 „Regierung fährt Energiewende an die Wand“
- 13 Sozialdemokratische Industriepolitik
- 14 SPD für aktive Wirtschaftspolitik in Europa
- 15 Bildung: SPD gegen Kooperationsverbot
- 15 Bundeswehreininsatz in Afghanistan verlängert
- 16 Kritik am ACTA-Abkommen

## SPD

- 16 Martin Dörmann weiter im Vorstand der SPD-Medienkommission

## SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

- 17 SPD-Landtagsfraktion NRW

## INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2012, Büros, Impressum



Sigmar Gabriel war zu Gast beim Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll (Bericht auf Seite 4)

## Industriepolitik

Sozialdemokratische Positionen

Seite 13

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 17.2.2012

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

## Lärmschutz und Arbeitsplatzertuhalten zusammen denken

### Für eine umweltgerechte Weiterentwicklung des Flughafens Köln/Bonn

Von Martin Dörmann, MdB und Jochen Ott, MdL

Kürzlich schrieb der Mitherausgeber der FAZ, Werner D'Inka: „Fast alle wollen fliegen, aber niemand will Fluglärm.“

Das ist auch das Dilemma des Köln Bonn Airport. Die ganze Region begrüßt ihn als Standortfaktor, Wirtschaftsmotor, Jobmaschine und Mobilitätsgarant. Er ist Deutschlands sechstgrößter Flughafen mit fast zehn Millionen Passagieren. Nach Frankfurt ist er der zweitgrößte Frachtflughafen. Bei der Expressfracht ist er die Nummer eins in Deutschland und in Europa die Nummer zwei. Auf dem Betriebsgelände selbst arbeiten 12.500 Menschen. In der Region sind es weitere 12.000 Arbeitsplätze, die durch den Flughafen begründet sind.



Auf der anderen Seite ist klar: nächtlicher Fluglärm ist für viele Menschen ein Problem. Die Gesundheit der durch Fluglärm geplagten Anwohner ist ein hohes Schutzgut. Dem müssen Politik und die Geschäftsführung des Flughafens gerecht werden. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um Fluglärm möglichst effektiv zu vermeiden und für eine umweltgerechte Weiterentwicklung des Flughafens zu sorgen. Entscheidend sind hierbei Taten, nicht Worte.

Was ist in der Vergangenheit unternommen worden, um Fluglärm zu vermeiden und wo muss weiter gehandelt werden?

Über die Flughafengebühren werden Anreize gegeben, möglichst die Tagzeit zu nutzen und möglichst leises Fluggerät einzusetzen: Laute Maschinen zahlen mehr als leise; die Gebühren

am Tag sind günstiger als in der Nacht.

Die Erprobung und Einführung möglichst lärm- armer Flugverfahren hat sich der Flughafen zur Daueraufgabe gemacht. So lässt sich z.B. mit der Einführung des Continuous Descent Approach (CDA) in einer Entfernung zwischen 20 und 50 km vom Flughafen der maximale Geräuschpegel am Boden um 4 – 6 Dezibel reduzieren. Seit dem 12. Februar 2009 ist der CDA verpflichtend für alle Piloten.



Eine besonders effektive Maßnahme ist das Programm „Passiver Schallschutz“, welches der Flughafen seit 20 Jahren erfolgreich umsetzt. In Bereichen, in denen regelmäßig ein Pegel von 6 x 72 dB(A) Maximalpegel nachts gemessen wurde, wurden auf Kosten des Flughafens Schallschutzfenster und Innenraumlüfter eingebaut. Dieses freiwillige Schallschutzprogramm ist jetzt abgelöst worden durch ein gesetzliches Programm, das allerdings unzureichend ist. Deshalb wird der Flughafen freiwillig die ehemaligen Nachtschutzgebiete, die jetzt nicht mehr in die gesetzlich festgelegte Schutzzone fallen, erhalten.

Wir begrüßen sehr nachdrücklich den Vorschlag von Flughafenchef Michael Garvens, für den Einsatz der Triple Seven (B 777), die im Moment als das leiseste Fracht- und Passagierflugzeug gilt, eine großzügige Gebührenregelung einzuführen. Dies soll die Airlines anspornen, eben dieses deutlich leisere Fluggerät bevorzugt am Flughafen Köln/Bonn einzusetzen. Dieser Weg ist fort zu setzen.

*(Fortsetzung nächste Seite)*

Durch Nutzung technologischer Verbesserungen an den Triebwerken und anderen Flugzeugteilen sowie durch Optimierung der Flugverfahren wurden die Lärmemissionen in den letzten 30 Jahren um 20 dB(A) auf ein Viertel der subjektiv empfundenen Lautstärken reduziert. Forschung und Hersteller arbeiten gemeinsam an einer weiteren Halbierung des Fluglärms.

Schon seit vielen Jahren gibt es eine erfolgreiche Kooperation zwischen dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und dem Flughafen, aktuell etwa mit dem Forschungsprojekt MODAL. Hier geht es um die Erarbeitung einer verbesserten akustischen Datenbasis. Sie erlaubt die genauere Berechnungen von Lärm mindernden Flugverfahren sowie die bessere Abschätzung von Auswirkungen und Chancen geänderter Flugverfahren.

Schließlich sollte die Frage eines nächtlichen Nachtflugverbotes für Passagierflugzeuge endlich europaweit geregelt werden, auch damit keine Wettbewerbsnachteile entstehen.

Weder die Bundes- noch die Landesregierung werden hier sichtbar aktiv. Alle Beteiligten wissen, dass das angestrebte Nachtflugverbot des Landes kurzfristig nicht umzusetzen ist. Ständige Ankündigungen erhöhen nur die Frustration der Bürger.

Lärmschutz und der Erhalt von Arbeitsplätzen schließen sich also nicht aus. Damit der Flughafen seine Wirtschaftskraft erhalten kann, muss er sich umweltgerecht entwickeln können.

Wir werden diesen Weg nachdrücklich weiter einfordern und unterstützen. Im Dialog mit und im Interesse aller Betroffenen: den Arbeitnehmern, den Fluggästen und nicht zuletzt den vom Fluglärm geplagten Anwohnern.

**Der Artikel erschien als Gastbeitrag im Kölner Stadt-Anzeiger vom 14. Februar 2012**

➤ *Siehe zum Thema auch den Artikel auf Seite 7*

## HOMEPAGE

[Neu eingestellt auf www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

### Aktualisierte Info-Broschüre 2012

Völlig neu bearbeitet und ergänzt wurde die Info-Broschüre 2012. Unter dem Titel „Für Köln in Berlin“ enthält sie auf 15 Seiten grundlegende Informationen über die Abgeordnetentätigkeit von Martin Dörmann.

Dargestellt sind sowohl die Schwerpunkte der Arbeit im Wahlkreis als auch im Bundestag, namentlich in den Bereichen Wirtschafts-, Medien- und Netzpolitik.

Zudem wird das Mitarbeiterteam in Berlin und Köln vorgestellt.

Hinweis: Spätestens ab dem 27. Februar liegen Druckexemplare der Info-Broschüre sowie der aktuellen Berlin Depesche in den Kölner Bürgerbüros aus.



Die völlig neu gestaltete Broschüre

## Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

### Rede Sigmar Gabriels und Porz-Film begeisterten 400 Gäste

Der traditionelle Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll fand in diesem Jahr besonders große Beachtung. Rund 400 Gäste kamen Anfang Februar in das Porzer Rathaus, um **Sigmar Gabriel** zu hören. Seine Rede stand unter dem Motto „Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit“.



Der SPD-Bundesvorsitzende spannte einen weiten Bogen von nationalen zu europäischen Themen. Er betonte, die SPD müsse vor der nächsten Bundestagswahl sagen, was sie will, dürfe aber keine Versprechungen machen, die nicht einzuhalten sind. Sonst verspiele man gerade zurück gewonnene Glaubwürdigkeit.

Als Beispiel nannte er den Bereich Bildung. Hier müsse man deutlich mehr investieren, um Zukunftschancen nicht zu verspielen. Als Gegenfinanzierung will die SPD ganz hohe Einkommen stärker besteuern. Weitere Themen waren eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen und ein konsequentes Umsetzen der Energiewende in Deutschland. In allen Feldern setze die schwarz-gelbe Bundesregierung zu wenig oder falsche Akzente.

Zu Beginn des Abends konnte Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jureck** zahlreiche Gäste begrüßen, darunter viele Betriebsräte, Vertreter von Vereinen

und eine starke Delegation des Flughafens Köln Bonn, mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung **Michael Garvens** und Aufsichtsratschef **Volker Hauff** an der Spitze.

Einen besonderen Einstieg in Porzer Themen bot ein Film des ehemaligen Ratsmitglieds **Jürgen Schumann** unter dem Titel „Engagiert für ihren Stadtbezirk – Die Porzer SPD“. Darin wurden einige Charakteristika des Stadtbezirks beschrieben. Zudem kommentierten die Mandatsträger aus Bund, Land und Kommune aktuelle Porzer Themen. Der Film machte deutlich, wie sehr die SPD mit dem Stadtbezirk verankert ist.

In einer vom Porzer SPD-Fraktionsvorsitzenden **Christian Joisten** moderierten Talkrunde wurden die Themen später von Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll**, Landtagsabgeordneten **Jochen Ott** und **Martin Dörmann** weiter vertieft und ergänzt. Den Abschluss bildete wie immer der launige Einzug des Porzer Dreigestirns mit **Prinz Ulf I. (Ulf Florian)** an seiner Spitze.



Martin Dörmann, Jürgen Schumann und Jochen Ott überbrückten spontan eine Verspätung des Gastes, indem sie über die Besonderheiten von Porz sprachen

Der Porz-Film von Jürgen Schumann ist auf der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) abrufbar.



Sigmar Gabriel mit den SPD-Mandatsträgern



Prinz Ulf I. in seinem Element

### NASA-Astronaut T.-J. Craemer zu Gast im Lessinggymnasium Porz-Zündorf

Ende Dezember besuchte der amerikanische NASA-Astronaut **Timothy J. Craemer** das Zündorfer Lessing-Gymnasium. Schulleiter **Udo Memmert** konnte zu seinem Vortrag nicht nur rund 100 Schülerinnen und Schüler begrüßen, sondern auch Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** und die Porzer Ratsfrau **Monika Möller**.

Die Initiative zu dieser Begegnung der besonderen Art ging aus vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie **Martin Dörmann**, der innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion u.a. für das Thema Raumfahrt zuständig ist. Er hatte bereits früher ei-

nen Tag der Raumfahrt im Lessing-Gymnasium mit initiiert, damals mit dem deutschen Astronauten **Thomas Reiter**.

Der Film, den der US-Astronaut mitgebracht hatte, zeigte seine Tätigkeit auf der Internationalen Raumstation ISS. Unterhaltsam kommentierte T.J. Craemer die aufregenden Szenen vom Leben im All, vom Schlafen, Essen, Arbeiten und Forschen in der Schwerelosigkeit auf sehr beengtem Raum. Nach dem Film prasselten die Fragen der begeisterten Schülerinnen und Schüler nur so herab, die Craemer plastisch und humorvoll beantwortete.



### Kurz berichtet

#### Wahlkreistreffen der SPD-Abgeordneten



Zum wiederholten Male kamen Funktions- und Mandatsträger der SPD im Bereich Porz, Kalk, nördliche Innenstadt Ende Januar in Brück zu einem Wahlkreistreffen zusammen. Eingeladen hatten die drei SPD-Abgeordneten **Martin Dörmann**, **Stephan Gatter** und **Jochen Ott**. Bei kölschem Buffet wurde munter geklönt.

#### Einladung zum Girls' Day nach Berlin

Am 26. April findet der elfte bundesweite Girls' Day statt. Er soll Mädchen Einblicke in Berufe geben. Mädchen, die Interesse haben, Martin Dörmann am 26. April in Berlin als Abgeordneter für einen Tag zu begleiten und mindestens 15 Jahre alt sind, können sich bis zum 12. März bewerben: unter 02203/52144 oder per Email bei martin.doermann@wk.bundestag.de. Übernommen werden

die Kosten für die Übernachtung in Berlin. Die Anreise muss selbst organisiert und getragen werden. Weitere Informationen und andere Möglichkeiten zur Teilnahme am Girls' Day sind abrufbar unter: [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de)

#### Besuch in der Luftwaffenkaserne Wahn

Zum wiederholten Male besuchten der Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** und **Martin Dörmann** im Januar die Luftwaffenkaserne in Porz-Wahn. Vom Standortältesten Köln, Brigadegeneral **Günter Giesa**, sowie dem Kasernenkommandanten **Herfried Martens** ließen sie sich die Auswirkungen der Bundeswehrstrukturreform auf den Standort Köln erläutern. Nach den Planungen des Bundesverteidigungsministeriums verliert Köln rund ein Viertel der bisherigen rund 7.900 Dienstposten. Alleine in der Luftwaffenkaserne Wahn findet eine Reduzierung von 5.000 auf 3.300 Dienstposten statt.

Die beiden Politiker bedankten sich am Ende des Gesprächs für die umfassenden Informationen und hoben die Bedeutung der Bundeswehr und insbesondere der Luftwaffenkaserne für Köln und Porz hervor. „Jetzt wir es darauf ankommen, zügig die Anschubfinanzierung zur Umsetzung der Standortentscheidung sicherzustellen, damit die notwendigen Investitionen in die Umstrukturierung ermöglicht werden“, so Martin Dörmann. Bezirksbürgermeister Willi Stadoll ergänzte: „Im Bereich Porz müssen insbesondere kasernennahe Unterkünfte für Pendler geschaffen werden, damit diese an ihren Dienstagen nicht lange Strecken fahren müssen.“

## Forum Bundespolitik

### Martin Dörmann diskutierte mit dem Parteienforscher Prof. Frank Decker

Das August-Bebel-Forum des Kölner Parteihauses war gut besucht: über 40 Personen folgten im Januar der Einladung von **Martin Dörmann** zur Auftaktveranstaltung des „Forum Bundespolitik“ der KölnSPD. Gast war Parteienforscher **Prof. Frank Decker** vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Uni Bonn.

Zum Veranstaltungstitel „Trends im deutschen Parteiensystem“ stellte Decker fest: „Dies ist ein schwieriges Thema, denn in der Politik wird zunehmend auf Sicht gefahren.“ Er erläuterte, dass es in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Parteiensystems mehrere Zäsuren gegeben habe. Anfang der 80 Jahre durch das Aufkommen der Grünen, dann im Zuge der deutschen Einheit mit der PDS im Osten und schließlich mit deren Etablierung als Linkspartei auch im Westen. Inwieweit die neue Piratenpartei ein langfristiges Element sei, bliebe vorerst abzuwarten.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 sah Decker angesichts der Schwäche der FDP keine Chance mehr für ein Fortsetzen der schwarz-gelben Koalition. Ob es am Ende für Rot-Grün reiche, sei entscheidend davon abhängig, ob FDP, Linkspartei und Piraten klein gehalten werden könnten.

Der Wahlkalender in den Ländern bis zur Bundestagswahl sei immerhin für die SPD sehr günstig. Im Jahre 2012 werde zudem die Entscheidung des Bun-

desverfassungsgerichtes zu der Umgestaltung des Wahlgesetzes fallen. Er rechne fest damit, dass Karlsruhe das von Schwarz-Gelb verabschiedete Gesetz kippen wird und womöglich selbst unmittelbare Vorgaben mache.

Mit dem Publikum entwickelte sich nach dem Vortrag eine muntere Diskussion. Dabei standen die Positionen und Wahlaussichten der SPD im Vordergrund der Fragen und Anmerkungen.



*Prof. Frank Decker und Martin Dörmann freuten sich über eine spannende Diskussion*

## Netzpolitische Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung

### Streitgespräch zum Buch „Zeitbombe Internet“

Unter dem Titel „Das freie Netz – ein schöner Traum von gestern?“ hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang Februar zu einem Streitgespräch über die Zukunft des Internet geladen, zu der über 80 Interessierte kamen. Im KOMED (Mediapark) diskutierten Zeit-Autor **Thomas Fischermann**, Sicherheitsforscher **Prof. Norbert Pohlmann** sowie **Markus Schaffrin** vom eco Verband der deutschen Internetwirtschaft unter Moderation von **Manfred Kloiber**.

**Martin Dörmann** erläuterte in seiner Einführung den Anlass des Gespräches, nämlich das Buch „Zeitbombe Internet“ von Thomas Fischermann und Götz Hamann. Darin gehe es um die Bedrohung, dass durch Hacker-Attacken Konten leer geräumt und Finanzmärkte manipuliert werden können. Dass Geheimdienste, Militärs oder gar Terroristen in der Lage sind, Stromversorgung und Sicherheitstechnologie lahm zu legen.

Die zentrale Schlussfolgerung der Autoren ist: So, wie das Internet heute aufgebaut und genutzt werde, steuerten wir letztlich auf einen großen Crash zu. Die wichtigste Infrastruktur unseres Planeten sei

zu schwach, für das, was sie leisten soll. Die Computer, das Netz, ja die ganze Informationstechnik versage im großen Stil. Nie sei das Internet dafür vorgesehen, solche Massen hochgradig privater, wirtschaftlich unentbehrlicher und überlebenswichtiger Daten zu befördern und zu verwalten.

Die Autoren schlussfolgern: „Baut ein neues Netz“. Es gäbe schließlich Dinge, die gehörten nicht ins Internet, etwa Atomkraftwerke, das Stromnetz oder ein Flughafentower.

Thomas Fischermann betonte auf dem Podium, im ginge es nicht darum, das Internet als Gefahr darzustellen, sondern vor Gefahren für das Internet zu warnen. Mit den anderen Experten und dem Publikum ausführlich diskutiert wurde die Frage, wie man die Sicherheit im Netz erhöhen könne. Dabei reichte der Bogen von Investitionen der Unternehmen in eine sichere Infrastruktur über Sicherheitseinstellungen bei Facebook bis zur Medienkompetent der Nutzer. Die Tradition, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung im Mediapark zu netzpolitischen Diskussionen einlädt, soll fortgesetzt werden.

### „Vorgestelltes Maßnahmenpaket muss konsequent umgesetzt werden“

Zum kürzlich vom Nahverkehr Rheinland (NVR) und der DB Netz AG in Zusammenarbeit mit dem Landesverkehrsministerium NRW vorgestellten Gutachten zum Bahnknoten Köln nahm **Martin Dörmann** wie folgt Stellung:

„Es ist sehr zu begrüßen, dass nun ein stufenweises Gesamtkonzept aus Infrastrukturmaßnahmen und optimierten Betriebsabläufen vorliegt, das den Bahnknoten Köln entlasten und für die weiter wachsenden Verkehrsströme rüsten soll. Der Ansatz ist richtig, nicht auf ein einzelnes Großprojekt zu setzen, sondern ein Maßnahmenbündel vorzulegen, das schrittweise realisierbar ist.“

Der Bahnknoten Köln ist ein zentraler bundesweiter Verknüpfungspunkt von Güter- und Personenverkehren und einer der Engpässe im nationalen und internationalen Eisenbahnnetz. Wenn sich nichts tut, würde dies äußerst negative Auswirkungen auf den gesamten bundesweiten Schienenverkehr und den Wirtschaftsstandort haben.

Nun kommt es darauf an, die vorgeschlagenen Maßnahmen konsequent umzusetzen. Finanzierungsfragen müssen zügig geklärt und in politische Beschlüsse umgesetzt werden. Von besonderer Bedeutung wird dabei sein, dass einzelne Projekte in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden können. Das Land muss nun die Projekte für den Bundesverkehrswegeplan anmelden. Um erfolgreich zu sein, bedarf es eines möglichst parteiübergreifenden Vorgehens, da die Finanzmittel des Bundes eigentlich bereits langfristig „verplant“ sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat soeben Vorschläge für eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung vorgelegt. Darin ist eine klare Priorität bei der Beseitigung von Engpässen und dem Ausbau

hoch belasteter Hauptachsen und Knotenpunkte vorgesehen. Hierfür soll ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“ aufgelegt werden, mit dem überregional bedeutsame Projekte mit hohem verkehrlichen und wirtschaftlichem Nutzen vorrangig realisiert werden. In diese Prioritätensetzung passen die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ausbau des Bahnknotens Köln.



Die NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion sowie NRW-Verkehrsminister **Harry Voigtsberger** haben bereits erste Initiativen in Berlin ergriffen, um die politische Umsetzung des Maßnahmenbündels sicher zu stellen. Bereits im Sommer beginnen die ersten Vorarbeiten für den Bundesverkehrswegeplan, der 2015 vom Bundestag beschlossen werden soll. Es kommt jetzt darauf an, einen überfraktionellen Konsens anzustreben, damit dieses für Köln, NRW und die Bundesrepublik vorrangige Verkehrsprojekt zum Erfolg führen kann.“

## Sorge um Zusatzbelastung für den Flughafen Köln/Bonn

### „Verlagerung von kanadischen Militärflugzeugen nicht hinnehmbar“

Zur Ankündigung des Verteidigungsministers **Thomas de Maizière**, dass das logistische Drehkreuz der kanadischen Streitkräfte von Spangdahlem zum Flughafen Köln/Bonn verlegt werden soll, nahmen **Martin Dörmann** und der Kölner Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** wie folgt Stellung:

Der Alleingang des Verteidigungsministers zu Lasten Kölns ist für uns nicht hinnehmbar. Offenbar sind mit der kanadischen Seite bereits Vereinbarungen getroffen worden. Vor der öffentlichen Ankündigung wurden darüber weder die Stadt Köln noch die Geschäftsleitung des Flughafens informiert.

Wir unterstützen nachdrücklich die Ablehnung der Verlagerung von kanadischen Militärflugzeugen durch die Geschäftsleitung des Flughafens Köln Bonn. Köln nimmt mit seiner Nachtflugregelung

wirtschaftliche Interessen der gesamten Region wahr und trägt hierdurch bereits besondere Lasten. Das darf nicht dazu führen, dass nun auch noch zusätzliche militärische Flüge in Köln stattfinden, die auch von anderen, weniger dicht besiedelten Standorten getätigt werden könnten.

Den betroffenen Anwohnern des Flughafens gegenüber sind wir verpflichtet, eine nachhaltige Minderung von Fluglärm zu erreichen. Gleichzeitig gilt es immer wieder, für eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz des notwendigen Flugverkehrs zu werben. Die Balance in Köln und die Akzeptanz in der Bevölkerung wären durch die angekündigte Mehrbelastung letztlich in Frage gestellt. Das kann nicht in unser aller Interesse sein. Wir werden politische Initiativen ergreifen, um eine andere Entscheidung zu erreichen.

## Typischer Ablauf einer Berliner Sitzungswoche

Rund die Hälfte des Jahres leben und arbeiten die Bundestagsabgeordneten in Berlin. Nachfolgend geben wir einen Einblick in einen typischen Ablauf einer Sitzungswoche von **Martin Dörmann**.

### Sonntag

12 bis 18 Uhr Büroarbeit: Vorbereitung der Sitzungswoche (Unterlagen lesen, Texte erstellen, eMails bearbeiten)

### Montag

8:25 Flug Köln-Berlin; 10:00 Beirat Bundesnetzagentur; 12-16 SPD-Medienkommission; 13:00 alternativ: Unterausschuss „Neue Medien“ oder Enquete-Sitzung „Internet und digitale Gesellschaft“; 16:00 Bürobesprechung; 17:00 SPD-Fraktionsvorstand; 19-21 SPD-Landesgruppe NRW

### Dienstag

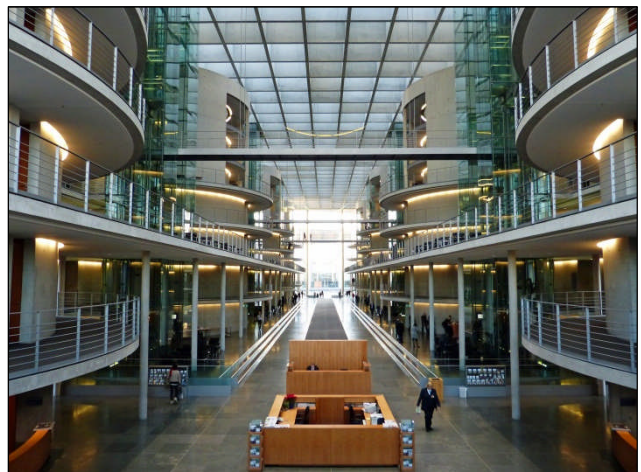
8:00 Koordinierungsrunde der SPD-Sprecher im Bereich Kultur, Medien, Innen, Recht; 9:30 AG Wirtschaft und Technologie; 13:30 AG Kultur und Medien; 15:00 SPD-Fraktionssitzung; 19-21:30 Abendtermine (z. B. Podiumsdiskussionen/Empfänge)

### Mittwoch

8:00 Büroarbeit; 9:30 Obleuterunde zur Vorbereitung Wirtschaftsausschuss; 10:00 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie; 13:30 Gesprächstermine; 15:30 Ausschuss für Kultur und Medien; 17:30 Steuerungsgruppe Infrastrukturkonsens; 19:00 – 21:30 Abendtermine (z. B. Podiumsdiskussionen/Empfänge)

### Donnerstag

7:30 Arbeitskreis Urheberrecht oder Vorstand Landesgruppe; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatten); 12:30 Telefonbesprechung mit Kölner Büros; 13:00 Gesprächstermin; 14-16:30 Uhr Projektarbeitsgruppe Telekommunikationsnetze; 17-21 Büroarbeit oder Abendtermin



### Freitag

8:00 Büroarbeit; 9:00 Plenum (Parlamentsdebatten); 12:30 Bürobesprechung; 15:00 Flug Berlin-Köln; ggf. Abendtermin in Köln

### Samstag/Sonntag

Wahlkreistermine, Büroarbeit

## Kölner Unterstützung für Südafrika



Eingeladen vom SPD-Bundestagsabgeordneten **Klaus Brandner** fuhr der Kölner Musiker **Henning**

**Krautmacher** (Frontmann von "De Höhner") gemeinsam mit Schülern der Ernst-Barlach-Realschule aus Rheda-Wiedenbrück nach Berlin, um für Unterstützung der südafrikanischen Partnerschule in Grootkraal zu werben, der eine Schließung droht und die mit deutscher Hilfe neu errichtet werden soll.

**Martin Dörmann** traf in Berlin auf seinen Kollegen und den Musiker aus seinem Wahlkreis und sicherte seine Unterstützung für das gemeinsame Unterfangen zu: "Ich finde, das ist ein tolles Projekt und das Engagement der Schüler einzigartig".

### TKG-Novelle bringt zu wenig Verbesserungen für den Breitbandausbau

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Telekommunikationsrechts hat seine letzte Hürde genommen. Bundestag und Bundesrat haben dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zugestimmt. An der informellen Arbeitsgruppe des VA hatte **Martin Dörmann** für die SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen.

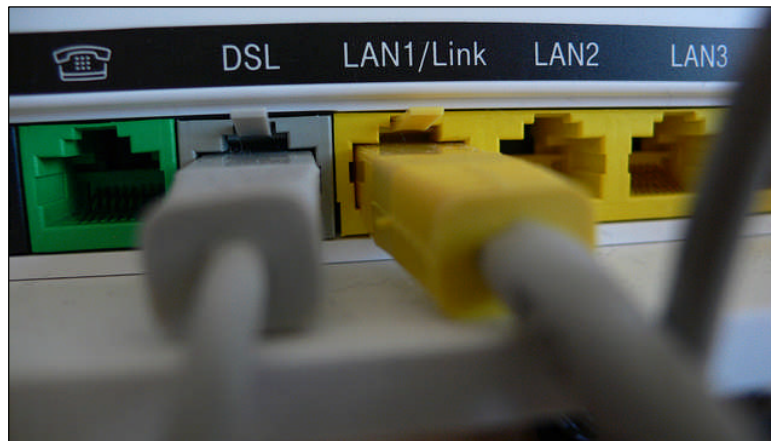
Die SPD-Fraktion begrüßt die Einigung von Bund und Ländern, den Weg für die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) frei zu machen, nachdem die schwarz-gelbe Koalition mit ihren Gesetzesvorschlägen bereits die Umsetzungsfrist deutlich überschritten hatte. Der Bundesrat hat im Vermittlungsverfahren einige wichtige Forderungen durchgesetzt, die bereits frühzeitig von der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht wurden. Dazu zählt insbesondere die Verbesserung der Entschädigungsregelungen für Kosten, die durch die Frequenzumstellung im Rahmen der „Digitalen Dividende“ entstanden sind. Hiervon profitieren beispielsweise Kommunen und kleine Theater, die drahtlose Mikrofone neu anschaffen müssen.

Auf der anderen Seite fehlt es nach wie vor an einer umfassenden Absicherung der Netzneutralität. Zudem hat es die schwarz-gelbe Regierungskoalition versäumt, im Zusammenhang mit dem TKG zusätzliche Maßnahmen für einen beschleunigten Breitbandausbau auf den Weg zu bringen, auch wenn einige regulatorische Rahmenbedingungen verbessert wurden.

Unverständlich ist vor allem, dass die Koalition sich auch weiterhin einer gesetzlichen Absicherung der Breitband-Grundversorgung verweigert, die inzwischen Teil der Daseinsvorsorge geworden ist. Schnelles Internet für alle muss eine der zentralen politischen Anliegen unserer Zeit sein, um Teilhabemöglichkeiten zu sichern. Nach den Ankündigungen der Mobilfunkunternehmen rückt mit dem bereits begonnenen LTE-Ausbau eine flächendeckende Versorgung nahe, wird aber immer noch nicht vollständig umgesetzt. Um eine drohende verbleibende Lücke sicher zu verhindern, hat die SPD-

Bundestagsfraktion eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung vorgeschlagen. Damit wäre das Problem der „weißen Flecken“ endgültig gelöst.

Zudem hatten wir im Gesetzgebungsverfahren dargelegt, welche weitergehenden Initiativen notwendig sind, um neben einer Grundversorgung auch eine möglichst dynamische Entwicklung der Breitbandversorgung voranzutreiben. Planungsrechtliche Vorgaben und staatliche Förderprogramme müssen verbessert und erweitert werden, damit Wirtschaftlichkeitslücken schrittweise geschlossen werden. Insofern ist zwar zu begrüßen, dass nunmehr - Dank der Initiative der Bundesländer im Vermittlungsverfahren - bestehende KfW-Programme auf ihre Nutzbarkeit für den Breitbandausbau geprüft und ggf. angepasst werden sollen. Da hiermit aber keine finanzielle Aufstockung verbunden ist, wie von der



SPD-Bundestagsfraktion stets gefordert, wird die Anreizwirkung unter dem bleiben, was eigentlich erforderlich wäre.

Unter dem Strich bringt das TKG also Verbesserungen, die al-

lerdings vor allem aus der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben oder den Forderungen des Bundesrates resultieren. In vielen für den Breitbandausbau entscheidenden Fragen fehlt es hingegen nach wie vor an notwendigen zusätzlichen Impulsen. Dabei weist der aktuelle 2. Monitoringbericht zur Breitbandstrategie des Bundes nicht nur aus, dass die Ausbauziele 2010 verfehlt wurden, sondern auch, dass die weitergehenden Ausbauziele für Ende 2014 gefährdet sind, wenn es keine zusätzliche Maßnahmen gibt. Beim Breitbandausbau befindet sich die Bundesregierung leider weiter in der Warteschleife.

Für die Bundestagsfraktion leitet **Martin Dörmann** im Rahmen des Projekts „Infrastrukturkonsens“ die Projektarbeitsgruppe Telekommunikationsnetze, die die Breitbandstrategie der SPD-Fraktion weiter konkretisieren soll. Sie hatte zur TKG-Novelle insgesamt vier Anträge im Bundestag gestellt, die jeweils federführend von Martin Dörmann erarbeitet wurden.

### Von der Bundesverkehrswegeplanung zur Bundesverkehrsnetzplanung

Die Verkehrspolitik steht in Deutschland vor großen Herausforderungen. Dazu gehören Kapazitätsengpässe und Staus durch den wachsenden Güterverkehr, Verkehrslärm, die Verfehlung der Klimaschutzziele und der Verfall der vorhandenen Infrastruktur durch fehlende Unterhaltungsmaßnahmen. Diese Entwicklungen sind dramatisch. Denn gut ausgebauten Verkehrswege sind nicht nur die Voraussetzung für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, sondern sie sind auch die Basis der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands als Industrie-, Dienstleistungs- und Exportnation. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist mehr Geld allein nicht die Lösung. Sie fordert eine Reform der Verkehrspolitik in Deutschland.

Dazu hat die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ ein Dialogpapier mit konkreten Vorschlägen und 35 Fragen zur künftigen Gestaltung der Bundesverkehrswegeplanung vorgelegt. Ziel ist es, den Reformstau in der Verkehrspolitik zu überwinden und den Bau von Verkehrswegen wirtschaftlicher, umweltfreundlicher und bürgernäher zu gestalten.

In einem Werkstattgespräch am 6. Februar in Berlin mit rund 100 Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Wirtschaft, Bürgerinitiativen, Wissenschaft und sozialdemokratischer Landtagsfraktionen hat die SPD-Bundestagsfraktion das Dialogpapier diskutiert. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Infrastrukturpolitik am Leitbild einer in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht nachhaltigen Entwicklung ausrichten.

„Jeder wolle eine gute Infrastruktur, aber niemand wolle sie vor seiner Haustür,“ so beschrieb der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, **Florian Pronold**, ein Grundproblem bei Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur in unserem Land. Deshalb streben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an, die Infrastruktur im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu entwickeln.

#### **Klare Ziele, nationale Prioritäten, mehr Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort**

„Verkehrspolitik darf nur das versprechen, was sie auch umzusetzen in der Lage ist,“ heißt es im Dialogpapier. Deshalb soll die Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Bundesverkehrsnetzplanung umgestaltet werden. Sie soll anhand klarer Zielvorgaben nationale Prioritäten formulieren, die sich an der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit orientieren. Gleichzeitig sollen vor Ort neue Gestaltungsspielräume entstehen und mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht werden.

Es soll nicht mehr darum gehen, Projekte isoliert zu betrachten, sondern das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes soll im Mittelpunkt stehen. „Der künftige Bedarf an Verkehrswegen soll sich aus einer Engpass- und Schwachstellenanalyse ableiten,“ erklärte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-

Fraktion, **Sören Bartol**. Die Beseitigung von Engpässen und der Ausbau stark belasteter Hauptachsen und Knotenpunkte sollen künftig Priorität haben. Auf dieser Grundlage sollen unterschiedliche Zielnetze entwickelt werden: z. B. mit unterschiedlicher Aufteilung der Mittel auf die Verkehrsträger und unterschiedlicher Schwerpunktsetzung wie Personen- oder Güterverkehr. Eines der Zielnetze soll nach öffentlicher Diskussion zur Umsetzung ausgewählt werden.

#### **Verkehrsverlagerung muss finanziert werden**

Wenn Verkehre z. B. von der Straße auf die Schiene verlagert werden sollen, müssen dafür auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, schreibt die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ in ihrem Dialogpapier. Außerdem soll der Grundsatz „Erhalt geht vor Aus- und Neubau“ in Zukunft stärker verfolgt werden. Die Grundlage dafür soll ein regelmäßiger und detaillierter Verkehrsinfrastrukturbericht liefern, den das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) dem Bundestag vorlegen muss. Ebenso soll vor jedem Neu- oder Ausbau von Verkehrswegen geprüft werden, ob sich die Kapazität der vorhandenen Infrastruktur durch eine optimierte Nutzung steigern lässt. Dazu zählen z. B. die telematische Verkehrslenkung oder die zeitweilige Freigabe von Standspuren.

#### **Nationales Verkehrswegeprogramm aufliegen**

Für die im Zielnetz enthaltenen Verkehrsprojekte mit überregionaler Bedeutung und dem größten verkehrlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen soll ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“ aufgelegt werden. Dafür sollen mindestens 80 Prozent der Aus- und Neubaumittel reserviert werden. Die Finanzierung soll nach dem Vorbild der Verkehrsprojekte deutsche Einheit (VDE) außerhalb der Länderquote erfolgen und auf fünf Jahre im Bundeshaushalt durch Verpflichtungsermächtigungen festgeschrieben werden.

Für die verkehrliche Erschließung in der Fläche sollen weiterhin 20 Prozent der Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Dafür entfällt dort die Netzplanung, und es werden nur das Kosten-Nutzen-Verhältnis und die Umweltverträglichkeit geprüft.

Die Länder sollen mehr Gestaltungsspielräume erhalten. Die Landesministerien sollen letztendlich über die regional bedeutsamen Vorhaben und somit über 20 Prozent der Ausgaben entscheiden. Bislang entscheidet auch hier das BMVBS. Außerdem sollen die Länder mehr Freiräume bei der Verwendung der Mittel erhalten. Statt in Umgehungsstraßen zu investieren können auch der ÖPNV oder bestehende Ortstraßen ausgebaut werden, wenn der gleiche Entlastungseffekt kostengünstiger erreicht werden kann.

Außerdem sollen die Länder mehr Spielräume bei der Festlegung der Trassen erhalten – auch bei überregional wichtigen Verkehrswegen. Der Bund soll nur noch den groben Korridor und die zu schaffende Kapazität festlegen. Alles andere soll im Raumordnungs- oder Linienbestimmungsverfahren geklärt werden. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger vor Ort über den Trassenverlauf mitentscheiden, der bisher bereits im Bundesverkehrswegeplan festgelegt wird.

### **Transparenz schaffen und Bürger von Anfang an beteiligen**

Doch auch die Bundesnetzplanung soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden. Deshalb müssen zunächst alle Unterlagen im Internet öffentlich zugänglich sein. Zudem muss die Öffentlichkeit Stellung nehmen können, bevor die Netzplanung mit den Ländern abgestimmt und im Bundeskabinett beschlossen wird. Somit entscheiden die Bürgerinnen und Bürger mit darüber, ob ein

Verkehrsweg überhaupt gebaut wird und wie seine Trasse verlaufen soll. „Nur so lassen sich Lösungen finden, die möglichst vielen Interessen gerecht werden und Akzeptanz schaffen,“ bekräftigte Sören Bartol. Das Ergebnis der öffentlichen Beteiligung soll in einem Bericht an den Bundestag dokumentiert werden.

Zusätzlich zum Werkstattgespräch hat die SPD-Bundestagsfraktion Verbände, Unternehmen, Initiativen, wissenschaftliche Experten/innen, Landesverkehrsministerien und SPD-Landtagsfraktionen um schriftliche Stellungnahme zum Dialogpapier bis zum 15. März 2012 gebeten. Darüber hinaus, können alle Interessierten die Vorschläge und Fragen auf der Plattform

<https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>

debattieren, Kommentare zu den Vorschlägen abgeben, eigene Vorschläge machen und die Vorschläge anderer bewerten.

## **„Zukunftsdialog Online“: Politik zum Mitmachen**

---

### **SPD-Bundestagsfraktion setzt beim „Projekt Zukunft“ Adhocracy ein**

Die Bürgerinnen und Bürger wollen teilhaben an großen Projekten, an politischen Debatten und Beschlüssen. Viele Menschen erwarten angesichts der neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Web 2.0, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet.

Im „Projekt Zukunft“ arbeitet die SPD-Fraktion an Lösungen für drängende Modernisierungsfragen unseres Landes. Die Fragen lauten: Wie wollen wir 2020 leben? Was muss dafür in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen getan werden? In ihrem „Projekt Zukunft“ entwickelt die Fraktion gemeinsam mit Experten, Wissenschaftlern und Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Das Ziel ist ein tragfähiges und realisierbares Konzept, das den Weg unseres Landes bis ans Ende des Jahrzehnts beschreibt. Und einer der Bausteine dazu ist der Zukunftsdialog online.

Um möglichst vielen Menschen das Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen, lädt die Fraktion alle Interessierten ein, sich über das Internet direkt an der Projektarbeit zu beteiligen. Damit ist die SPD die modernste und innovativste Fraktion im Deut-

schen Bundestag. Bei diesen Projekten lässt sich mitreden und mitmachen:

- Gleichstellung/Gleichberechtigung
- Wachstum/Wohlstand/Lebensqualität
- Aktive Ganztagschulen
- Ein Kreativpakt mit der Kreativwirtschaft
- Miteinander der Generationen/Generationengerechtigkeit
- Moderne Infrastruktur

Der gemeinnützige Verein Liquid Democracy hat eine Software namens Adhocracy entwickelt. Auf dieser Plattform lässt sich der Dialog führen:

[www.zukunftsdialog.spdfraktion.de](http://www.zukunftsdialog.spdfraktion.de)



### Steinmeier: Regierung fährt Energiewende an die Wand

Als die Aktuelle Stunde zur verfehlten Energiepolitik der Bundesregierung im Bundestag am 8. Februar auf der Tagesordnung stand, machten Meldungen vom deutschen Stromexport nach Frankreich die Runde. Das Atomland Frankreich mit 59 Meilern benötigte die Strommenge von 80 Atomkraftwerken. In Deutschland ist der von Atomkraftbefürwortern prognostizierte Black-Out trotz Minus-Temperaturen bislang ausgeblieben. Stromexporte aus Deutschland sorgten vielmehr dafür, dass bei unseren französischen Nachbarn nicht die Lichter ausgingen. Dennoch ist die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung verheerend. Sie fährt die notwendige Energiewende vor die Wand, wie SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** ihr attestierte.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte die Energiewende mit dem Atomkonsens und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeleitet. In der Großen Koalition waren die Sozialdemokraten der Garant dafür, dass der Weg fortgesetzt wurde. Mittlerweile tragen die Erneuerbaren Energien rund 20 Prozent zur Stromerzeugung in Deutschland bei. Rund 400.000 Beschäftigte arbeiten im Bereich der Erneuerbaren Energien, und Deutschland erreichte die Technologieführerschaft. All das setzt Schwarz-Gelb aufs Spiel.

Schwarz-Gelb vollführte im Herbst 2010 ihre eigene Energiewende mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, die bald ein Jahr zurückliegt, gab die Bundesregierung dem öffentlichen Druck nach, schaltete acht Atomkraftwerke ab und beschwor nun den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Frank-Walter Steinmeier warf der Bundesregierung in der Aktuellen Stunde vor, dass nach dieser „doppelten Kehrtwende“ zwar hehre Ziele formuliert wurden, doch seitdem „Schicht im Schacht“ herrsche. „Die Energiewende ist vor die Wand gefahren, bevor sie begonnen hat,“ sagte Steinmeier. Die Regierung missbrauche die Vorschläge ihrer eigenen Expertenrunde mit dem ehemaligen CDU-Umweltminister Klaus Töpfer. Denn der hatte ihr aufgetragen, dass die Energiewende als zentrale Herausforderung begriffen und eng durch ein politisches und gesellschaftliches Monitoring begleitet werden müsse.

Seit Monaten blockieren Konflikte zwischen Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und Umweltminister Röttgen (CDU) wie zum Beispiel zum EEG und zur Energieeffizienz-Richtlinie der Europäischen Kommission die Energiepolitik. Die Kanzlerin steuere nicht. „Es scheint nicht mal zu interessieren, was da vor die Wand läuft,“ stellte Steinmeier fest. Diesen Zustand beschrieb er für das Hochtechnologieland Deutschland als brandgefährlich. Die hochtechnologische Produktion wie in der Chemie und Metallurgie, von der unser Land lebe, funktioniere nur bei absolut schwankungsfreier Energieversorgung. Im Jahr 2011 seien 900 Eingriffe in die Stabilisierung des Netzes notwendig gewesen. Üblich war bisher fünf bis zehn.

Der Ausbau der Energienetze ist dringend notwendig, um den Strom von den Off- und Onshore-Windparks im Norden in den Süden Deutschlands transportieren zu können. Doch die Regierung treibt ihn nicht voran. Von geplanten 700 Kilometern in Schleswig-Holstein seien gerade einmal 30 gebaut. Wenn es in diesem Tempo weitergehe, sei das erforderliche Netz in 100 Jahren noch nicht fertig, sagte Steinmeier.

Durch den fehlenden Regulierungsrahmen würde auch der Bau von Gaskraftwerken, die Schwankungen im Netz ausgleichen könnten, wenn Sonne und Wind ausblieben, nicht stattfinden. Weil keine Investitionssicherheit bestehe. Für den Ausbau der Erneuerbaren Energien forderte Steinmeier eine „innovative Fortentwicklung des EEG mit neuen energiewirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten und einer Synchronisation zwischen Netzausbau und Installation neuer Anlagen.“ Und gerade bei der für Netzausbau und Versorgungssicherheit so wichtigen Bundesnetzagentur leisteten sich Rösler und Röttgen nichts als Postengeschacher, bei dem es um Parteipolitik und nicht um fachliche Kompetenz ginge, sagte SPD-Fraktionsvize **Ulrich Kelber**.



Im **zwd-Magazin Kultur, Medien, Politik (KMP)** gibt es eine ständige Reihe über die Bilder der Bundestagsabgeordneten in ihren Berliner Büros. In der Ausgabe 7 (2011) erschien obiges Foto mit folgendem Text von **Martin Dörmann**:

*„Mein Lieblingsbild ist die Kölner Dom-Grafik „Domtürme“ von Katja Schüre. Sie erinnert mich stets an meinen Wahlkreis, in dem der Dom liegt. Er ist nicht nur das meistbesuchte Gebäude Deutschlands, übrigens noch vor dem Reichstag. Jedem Kölner geht das Herz auf, wenn er sich seiner Heimatstadt nähert und den Dom schon von Ferne erblickt. Er steht für Heimat und kölsche Lebensart. Die moderne Grafik variiert die Domtürme, enthebt sie damit der Gefahr des Kitsches und bringt Farbe in mein Berliner Büro.“*

### Moderne Industriepolitik für die Arbeitswelt von morgen

Das Positionspapier „Sozialdemokratische Industriepolitik“ wurde Ende Januar von der SPD-Fraktion beschlossen. Es soll dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen. Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Ein industriepolitisches „Weiter so“ – wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat – wird den Herausforderungen nicht gerecht.

Die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen sich jetzt auf die Herausforderungen einstellen – es geht um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland.

Fast ein Viertel unserer Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet. Zwei Drittel aller Arbeitsplätze hängen von der industriellen Produktion ab.

Die SPD-Fraktion hat jetzt ihr Konzept zur Modernisierung des Industriestandorts Deutschland in den Bundestag eingebracht (**Drucksache 17/8572**). „Wir brauchen eine Stärkung der realen Wertschöpfung und nicht der Finanzwirtschaft“, sagte SPD-Fraktionsvize **Hubertus Heil** in der Parlamentsdebatte.

Nicht zuletzt die großen internationalen Krisen der Jahre 2008 und 2010 haben gezeigt: Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, führt an einer leistungsfähigen Industrie kein Weg vorbei. Mit einem industriepolitischen Konzept will die SPD-Bundestagsfraktion den Diskurs über die notwendige Modernisierung voranbringen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Garrelt Duin**, und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Hubertus Heil** erläuterten bereits bei der Verabschiedung des Konzepts, was die Sozialdemokraten unter einer integrierten Industriepolitik verstehen: Integriert heißt für sie, dass die klassische Industrie nicht gegen die neue ausgespielt wird, oder umgekehrt. „Integriert bedeutet auch, dass wir mit einer Stimme sprechen,“ betonte **Garrelt Duin**. „Wir sagen zur Wirtschaft dasselbe wie im Ortsverein oder zur Gewerkschaft.“

Es gehe um die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen, dabei müssten die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. „Hinter dem jüngsten Erfolg der deutschen Industrie stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne ihr Engagement in den Unternehmen und Betrieben wäre ein solcher Erfolg nicht möglich,“ heißt es in dem Industriekonzept. Indust-

riepolitik müsse sich daher ebenso am Leitbild der ‚Guten Arbeit‘ orientieren, wie gute Arbeitspolitik am Leitbild einer innovations- und qualifikationsorientierten Industrie.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft ist, dass sie als die vielleicht einzige in Europa noch das ganze Spektrum von den Grundstoffindustrien bis zur Hightech-Schmiede umfasst. Um die Zukunft des Industriestandortes Deutschland zu sichern, machen die Sozialdemokraten konkrete Vorschläge.

Ein Impulsprogramm für Investitionen soll die Standortbedingungen für die Industrie verbessern. Die Infrastruktur soll ausgebaut und ein „intelligentes Energienetz“ geschaffen werden, das auf den Ausbau erneuerbarer Energien hin angelegt ist. Dabei müssten alle Beteiligten – Politik, Netzbetreiber, Energieerzeuger – im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern um Akzeptanz für Investitionen in Energieinfrastrukturprojekte werben.

Eine saubere, versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung sei eine der größten Herausforderungen, machte **Hubertus Heil** im Bundestag deutlich. „Die Art und Weise, wie diese Bundesregierung die Energiewende in diesem Land vor die Wand fährt, ist das größte Standortrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland,“ so **Heil**.

Zudem fordern die Sozialdemokraten eine schnelle Breitband-Internetverbindung für alle und bessere Verkehrsverbindungen. Um den drohenden Fachkräftemangel abzuwenden, schlägt die SPD-Fraktion eine Allianz aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik vor. Gemeinsam sollen sie die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in jeder Lebensphase weiterbilden können.

Außerdem sollen mehr junge Menschen für ein Studium gewonnen und ausländische Fachkräfte stärker als bisher angeworben werden. Die SPD-Abgeordneten wollen den Missbrauch von Leiharbeit stoppen und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen. Flächendeckend müsse ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden.

„Wir müssen in Deutschland auf die besten Produkte, Verfahren und Dienstleistungen setzen,“ so **Hubertus Heil**. „Das erreichen wir nur mit einer anderen Forschungs- und Qualifizierungspolitik, aber nicht mit immer niedrigeren Löhnen.“

**Das Papier „Sozialdemokratische Industriepolitik“ lässt sich auf der Website der SPD-Fraktion herunterladen:**

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### Wettbewerbsfähigkeit schwacher Euro-Länder muss gestärkt werden

Nach zwei Boomjahren rechnet die Bundesregierung nur noch mit einem leichten Konjunkturplus von 0,7 Prozent. Um die Wirtschaft gegen eine schwache Konjunktur zu wappnen, fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die Binnennachfrage anzukurbeln und die Wettbewerbsfähigkeit der schwachen Euro-Länder zu stärken. SPD-Fraktionsvize **Hubertus Heil** warf der Regierung vor, durch Realitätsverweigerung und Tatenlosigkeit zum Standortrisiko für Deutschland zu werden.

Deutschland sei besser durch die Krise gekommen als andere Volkswirtschaften in Europa, sagte Heil am Donnerstag in der Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Eine wesentliche Ursache dafür sei, dass Deutschland ein starkes industrielles Rückgrat habe: „Von der Grundstoffindustrie bis zu den High-Tech-Schmieden haben wir eine Wertschöpfungskette, die andere Länder so nicht haben.“ Das habe dazu geführt, „dass wir in den letzten Jahren als exportstarkes, wettbewerbsfähiges Land mit den besten Produkten, Verfahren und Gütern auf den Märkten der Welt erfolgreich waren.“

Allerdings: Diese Stärke der deutschen Wirtschaft könne sich dauerhaft auch zur verwundbaren Stelle entwickeln, warnte Heil. „Wir können als Exportnation nicht dauerhaft erfolgreich sein, wenn es dem Rest Europas schlecht geht, weil die Nachfrage wegbricht.“ Unsere Volkswirtschaft brauche andere Länder und Märkte, die in der Lage seien, deutsche Produkte, Verfahren und Dienstleistungen auch abnehmen zu können.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sei eine Doppelstrategie nötig, so Heil – bestehend aus einer Stärkung der Binnennachfrage und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit anderer europäischer Staaten.

#### Europäisches Wachstumsprogramm

Um die wirtschaftliche Dynamik schwacher Euro-Länder anzukurbeln, forderte Heil ein europäisches Wachstumsprogramm. Er nannte es eine „ökonomische Fehlentwicklung“, dass sich manche europäische Länder von realwirtschaftlichem Handeln und industrieller Produktion verabschiedet hätten. Die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern brauche Strukturen – Infrastruktur, aber auch eine industrielle Struktur.

Ein Fiskalpakt reiche dafür nicht aus. Wer glaube, alleine mit kurzfristigen Hilfskrediten und Sparaufla-

gen schwache EU-Staaten ökonomisch wieder auf die Beine zu bringen, habe nichts begriffen. „Was Sie betreiben ist Voodoo-Ökonomie: zu glauben mit Sparauflagen und Hilfskrediten diese Länder wieder flott zu machen. Das hat mit ökonomischem Sachverstand nichts zu tun.“

Scharfe Kritik übte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende auch an der FDP-Blockade beim Thema Finanztransaktionssteuer. Eine solche Steuer sei dringend nötig, bekräftigte Heil – als Bremse gegen volkswirtschaftliche schädliche Spekulationen, aber auch, um aus ihrem Aufkommen ein wirtschaftliches Aufbauprogramm in Europa zu finanzieren. „Sie sind zu einem Standortrisiko geworden durch Ihr Handeln in der Bundesregierung“, kritisierte Heil die Haltung der FDP in dieser Frage.

#### Stärkung der Binnennachfrage

Um die Binnennachfrage in Deutschland strukturell zu stärken, forderte Heil öffentliche und private Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie eine angemessene Lohnentwicklung.

Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Garrelt Duin**, sagte, nötig sei ein Investitionsklima, um überfällige Investitionen in die Infrastruktur auszulösen. Zudem müssten der Fachkräftemangel bekämpft, der Mindestlohn eingeführt, Missbrauch der Leiharbeit verhindert und gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, aber auch für Männer und Frauen, durchgesetzt werden. Zudem forderte Duin einen Masterplan zur Bewältigung der Energiewende und Maßnahmen zur Stärkung der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands.

„Angesichts der realwirtschaftlichen Ursachen und Auswirkungen der Krise brauchen wir eine aktive und vorsorgende Wirtschaftspolitik, damit Deutschland und Europa auf einen höheren Wachstumspfad kommen“, schreiben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in einem Antrag (Drs. 17/8346) zur wirtschaftlichen Lage.

Wirtschaftlichen Stillstand kann sich Deutschland nicht leisten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich in den vergangenen zwei Jahren vorwiegend mit sich selbst beschäftigt, sich auf einer guten Konjunktur ausgeruht und die Früchte der Vorgängerregierungen geerntet. Garrelt Duin warf der Regierung Kurzsichtigkeit vor: „Sie verstehen nichts von Vorsorge.“

### Steinmeier: „Das Kooperationsverbot im Grundgesetz war ein Fehler“

Die SPD-Fraktion will das Grundgesetz ändern, um bessere Bildung durch mehr Kooperation von Bund und Ländern möglich zu machen. „Mehr Bildung geht nicht mit weniger Zusammenarbeit“, sagte SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** im Bundestag. Deshalb müsse das so genannte Kooperationsverbot in der Verfassung beseitigt werden.

Die Menschen ärgerten sich, dass Missstände in der Bildung von der Politik zwar besprochen, aber nicht beseitigt würden, sagte Steinmeier am Donnerstag. „Und am wenigsten verstehen sie, dass sich Bund und Länder auch noch gegenseitig verbieten, gemeinsam an der Beseitigung der Missstände zu arbeiten.“

Der Hintergrund: Seit der Föderalismusreform 2006 ist es dem Bund verfassungsrechtlich nicht möglich, die Länder vor allem bei Verbesserungen im Schulsystem durch Finanzhilfen zu unterstützen. Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag (Drs. 17/8455) eine Neuregelung im Grundgesetz, die dauerhafte Bildungsinvestitionen des Bundes ermöglicht, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken. „Wir wollen mit einem neuen Grundgesetzartikel Finanzhilfen für Bildung zielgenau ermöglichen“, erläuterte der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sven Schulz. Die Vorschläge werden auch von den SPD-geführten Ländern unterstützt.

Steinmeier nannte das Kooperationsverbot, das im Paket der Föderalismusreform beschlossen worden sei, einen Fehler. „Wir haben es mitgetragen, weil wir die Föderalismusreform insgesamt nicht gefährden wollten. Aber ich sage es auch für mich persönlich: Es war falsch, und es muss bereinigt werden.“

Er sei nicht der Meinung, dass Bundespolitik in Bildungsfragen klüger ist als Landespolitik, stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende klar. Es gehe auch nicht darum, die Zuständigkeit der Länder in Frage zu stellen. „Beim Kooperationsverbot geht es darum, das wir per Verfassung verbieten, dass Bund und Länder ihre Kräfte bündeln, um

objektiv erkannte Probleme in der Bildungslandschaft endlich gemeinsam anzugehen. Das kann nicht der richtige Weg sein.“

Steinmeier erinnerte an das erfolgreiche Ganztagschulprogramm, das die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder ins Leben gerufen hatte und zu einem enormen Ausbauschub bei den Ganztagschulen geführt hatte. Durch mehr Ganztagschulen würden Möglichkeiten für Kinder geschaffen, die auf solchen Schulen besser lernen, aber auch Möglichkeiten für Eltern, die aufgrund eigener Berufstätigkeit auf Ganztagsangebote angewiesen seien.

Heute wären solche Anstöße in der Bildung durch den Bund nicht mehr möglich, kritisierte Steinmeier. „Es sollte niemand damit rechnen, dass Kinder, Eltern oder Lehrer dafür Verständnis aufbringen.“

Steinmeiers Appell: „Lassen Sie uns doch endlich anfangen, über die jeweils besten Lösungen zu reden statt nur über Zuständigkeiten. Wir brauchen keine Fortsetzung des Kompetenzgerangels, sondern mehr Zusammenarbeit und mehr Bildungsinvestitionen.“

Steuersenkungen oder das geplante Betreuungsgeld seien dagegen die falschen Weichenstellungen, kritisierte Steinmeier mit Blick auf die Vorhaben der schwarz-gelben Koalition. Die SPD-Fraktion fordert seit langem, das Geld stattdessen in die Bildungsinfrastruktur zu investieren und damit echte Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

„Bildung ist der Schlüssel. Mehr Kooperation und mehr Investitionen – das sind die Instrumente,“ stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende klar. Die Politik könne insgesamt an Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, so Steinmeier, „wenn wir einmal gemeinsam die Kraft hätten, zu sagen: Wir haben uns geirrt, das Kooperationsverbot ist Blödsinn, es muss weg.“

## Bundeswehreinsatz in Afghanistan verlängert

---

### Truppenreduzierung beginnt 2012

Die SPD-Bundestagsfraktion hat der Verlängerung der Bundeswehrebeteiligung am ISAF-Mandat in Afghanistan am 26. Januar 2012 mehrheitlich zugestimmt. Mit der Truppenreduzierung in zwei Schritten von 5.350 Soldatinnen und Soldaten auf zunächst 4.900 und schließlich 4.400 in diesem Jahr entspricht die Bundesregierung in ihrem Antrag der Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einem schrittweisen Rückzug bis Ende 2014.

Nachdem die Bundesregierung den Vorschlag der SPD vor zwei Jahren noch als „unrealistisch“ und „gefährlich“ abgestempelt hat, ist sie nun auf den sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt. Auch die internationale Gemeinschaft hat sich darauf verständigt, die Kampftruppen bis Ende 2014 komplett aus Afghanistan zurückzuziehen.

Doch damit wird das internationale und deutsche Engagement am Hindukusch nicht enden. Afghanistan wird auch, wenn deutsche Soldaten nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sind, noch mindestens bis 2014 besondere Unterstützung brauchen, z. B. wirtschaftlich, politisch, bei der Finanzierung und Ausbildung der Sicherheitskräfte, beim Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur und der Verwaltung. Dieses Engagement hat die internationale Gemeinschaft auf der Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2011 zugesagt.

Durch die traumatischen Erfahrungen der Afghanen nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen in den 90er-Jahren in einem langen Bürgerkrieg, war es wichtig, an die afghanische Bevölkerung das Signal zu senden, dass sie von der internationalen Gemeinschaft von 2015 an nicht im Stich gelassen wird.

Die Sicherheitsverantwortung wird nun Distrikt für Distrikt seit Juli 2011 bis Ende 2014 in afghanische Hände übergeben. Für eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans ist ein politischer Friedensprozess erforderlich, der alle afghanischen Gruppen inklusive der Taliban einbezieht. Dabei müssen unter anderem folgende Prinzipien gelten: Gewaltverzicht, der Bruch mit dem internationalen Terrorismus und der Respekt für die afghanische Verfassung einschließlich der darin verankerten Menschen- und Frauenrechte.

Während sich die Sicherheitslage in Afghanistan im zurückliegenden Jahr leicht verbessert hat, bleibt im Hinblick auf Regierungsführung und Demokratie noch viel zu

tun. Nach wie vor spielen Eignung, Befähigung und Leistung bei der Besetzung von Posten eine untergeordnete Rolle. Die Korruption hat weiterhin große Teile des Landes fest im Griff. Können diese Entwicklungen nicht gestoppt werden, drohen Frustration und Enttäuschung in der Bevölkerung anzuwachsen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion begleitet seit vielen Jahren eine eigens eingerichtete Task Force die Entwicklung in Afghanistan und die Politik der Bundesregierung. Sie wird diese Arbeit auch in den kommenden Monaten fortsetzen und darauf achten, ob die Zusagen der Bundesregierung eingehalten werden.

## ACTA-Abkommen

### SPD-Fraktion kritisiert Intransparenz und befürchtet zu starke Überwachung

Zum umstrittenen ACTA-Abkommen zur Bekämpfung von Produktpiraterie nahm **Christine Lambrecht**, stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, kritisch Stellung:

„Dass die Bundesregierung das ACTA-Abkommen nicht unterschrieben hat, ist erst einmal zu begrüßen, auch wenn der Schritt von der üblichen Kakophonie aus der Regierungskoalition begleitet wurde. Zu viele Fragen zu rechtlichen Auswirkungen bleiben offen, zu viele Unterlagen aus den Verhandlungen wurden bis heute nicht veröffentlicht.

Die Notwendigkeit, Produktpiraterie zu bekämpfen und Urheberrechte zu schützen, ist unbestritten. Viele Produktfälschungen sind nicht nur wirtschaftlich schädlich, sondern auch gefährlich, wenn zum Beispiel ein gefälschtes Medikament auf den Markt kommt. Es muss aber stark bezweifelt werden, ob dieses Ziel mit dem ACTA-Abkommen erreicht werden kann. Wenn hier in Hinterzimmern unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurde, dann muss das alarmieren. Besonders problematisch sind die Regelungen zur Rechtsdurchsetzung im Internet. In den Verhandlungen wurde hier nicht sauber getrennt zwischen der Bekämpfung von Produktfälschungen und Fragen, die das Internet und die digitale Welt

betreffen. Hier enthält das Abkommen zu schwammige Formulierungen, die extrem weit ausgelegt werden können. Es entsteht eine Rechtsunsicherheit, weil zur Auslegung unklarer Begriffe Verhandlungsprotokolle herangezogen werden, die aber noch nicht veröffentlicht worden sind. Hier sollte in Hinterzimmern entschieden werden – gut dass dieses Vorhaben gestoppt wurde.

Die Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen darf nicht dazu führen, dass Grund- und Freiheitsrechte eingeschränkt werden oder der Datenschutz aufgeweicht wird. Es darf auch nicht soweit gehen, dass letztlich jede Bewegung und Kommunikation im Internet überwachbar wird und jeder Nutzer von Musik- oder Videodateien grundsätzlich unter einem Generalverdacht steht.

Bei ACTA besteht die Gefahr, dass die Internetprovider verpflichtet werden, zu überwachen, welche Kunden sich was anschauen oder herunterladen. Es darf nicht sein, dass die Provider zu Hilfssheriffs gemacht werden.

Das Europäische Parlament und auch der Deutsche Bundestag müssen darauf bestehen, sich mit diesem Abkommen gründlich beschäftigen zu können. Solche Geheimverhandlungen müssen Geschichte sein, die fehlende Transparenz ist nicht länger hinnehmbar.“

## SPD

### Die Arbeit der SPD-Medienkommission 2012: rund ums Netz

#### Martin Dörmann im Vorstand weiter zuständig für „Digitale Infrastruktur“

Alle Fragen rund um das Netz werden in diesem Jahr im Mittelpunkt der Beratungen der SPD-Medienkommission beim Parteivorstand stehen. Insbesondere Themen zu Netzneutralität, Urheberrecht und Datenschutz bestimmen die medien- und netzpolitische Agenda der Kommission.

Im von **Marc Jan Eumann** geleiteten Vorstand werden die verschiedenen Bereiche koordiniert von **Björn Böhning** (Netzpolitik), **Martin Dörmann** (Digitale Infrastruktur), **Angelika Krüger-Leissner** (Film), **Petra Kammerevert** (Europa), **Christine Lambrecht** (Bund) und **Martin Stadelmaier** (Länder) sowie von

den im Parteivorstand verantwortlichen **Olaf Scholz** und **Carsten Sieling**.

Die Medienkommission wird sich neben den Fragen rund ums Netz mit der Vielfaltssicherung in der deutschen Medienlandschaft beschäftigen, wobei das Thema Medienkonzentration eine große Rolle spielt. Das Pressefusionsrecht und die Absicherung des Presse-Grosso sowie die mit Spannung erwartete Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Gremienzusammensetzung des ZDF sind weitere Schwerpunkte der Arbeit der Medienkommission.

## SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

Die politische Kommunikation im und über das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung. In unserer Serie wollen wir „Politische Internetseiten“ vorstellen, die aus sozialdemokratischer Sicht eine besondere Bedeutung haben.

[www.spd-fraktion.landtag.nrw.de](http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de)

## Homepage der SPD-Fraktion im Landtag NRW

### Inhaltliches

#### Themen und Struktur

Die SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein Westfalen besticht auf ihrer Internetpräsenz insbesondere durch ihre äußerst aufgeräumt wirkende Startseite. Hier sind die neusten Pressemitteilungen und aktuellen Meldungen schnell auf einen Blick gefunden.

Die Unterseiten bieten alle erdenklichen Informationen für Mitglieder und interessierte Bürger. Kontakte im Landtag oder Wahlkreis sind mit nur wenigen Klicks genauso schnell zu erreichen wie aktuelle, tiefere Informationen zu allen Wirkungsstätten der Fraktion.

Alle Unterseiten lassen sich sehr einfach über die oben befindliche Menüleiste finden.



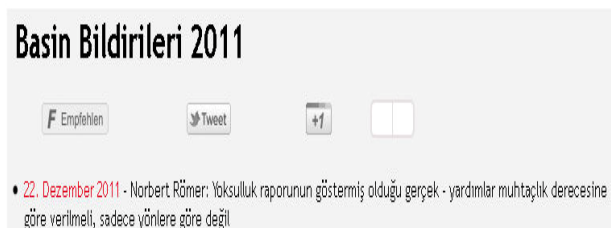
### Zusätzliche Funktionen

#### Interaktivität

- Übersichtlicher Veranstaltungskalender mit tagesaktuellen Veranstaltungen sowie einer detaillierten Suchfunktion
- Download von Informationsbröschüren und Veröffentlichungen
- Informative Unterseite zur Vergabe von Praktika für Studenten
- Umfassende Link-Sammlung zum Bundestag, Landtagsfraktionen deutschlandweit und zum Europaparlament
- Detailliertes Personenverzeichnis mit Abgeordneten, Sprechern, Mitarbeitern, Vorstand usw.
- 5 Jahre zurückreichendes Redenarchiv (Reden als pdf zum download)

#### Besonderheit

Sie sind hier: [Startseite](#) | [Presse](#) | [Basin Bildirileri](#)



Im Untermenü „Presse“ bietet die Seite einen besonderen Service für türkische Parteimitglieder und Interessierte. Hier sind annähernd alle Pressemitteilungen in einem gesonderten Archiv auch in türkischer Sprache einsehbar

# INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

## Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

### Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

### Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

## Die Büros in Berlin und Köln

### Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

#### Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340  
Tel.: 030 / 227 734 18  
Fax: 030 / 227 763 48  
martin.doermann@bundestag.de

#### Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),  
Dr. Matthias Dahlke  
Marcel Röthig

#### Öffnungszeiten

Sitzungswochen  
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr  
Sitzungsfreie Wochen  
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 17 Uhr

### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Tel.: 02203 / 521 44  
Fax: 02203 / 510 44  
martin.doermann@wk.bundestag.de

#### Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),  
Nadesha Klugiewicz,  
Ralf Steinmeier (Webmaster)

#### Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr  
Fr.: 10-14 Uhr

### Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Tel.: 0221 / 870 43 02  
Frank.heinz@landtag.nrw.de

#### Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

#### Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr  
Do.: 14 bis 17 Uhr  
Fr.: 12 bis 15 Uhr

### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b  
50672 Köln (Innenstadt)  
Tel.: 0221 / 169 195 77  
Fax: 0221 / 169 195 79  
koelner-spd-mdb@netcologne.de

#### Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

#### Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

## Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Die Sitzungswochen **2012**: 3., 4., 6., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 26., 27., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

[www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html](http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html)

## IMPRESSUM

### BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

#### HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1,  
10111 Berlin

#### REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),  
Nadesha Klugiewicz

#### BILDNACHWEIS

Büro Dörmann S. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8  
Jochen Ott S. 2  
Juri Jania S. 4  
Bildarchiv Deutscher Bundestag S. 8  
flickr.com by svensonsan S. 9  
Holger Lührig (KMP) S. 12  
spd-Landtagsfraktion S. 17

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

#### E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

[martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

#### FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

#### HOMEPAGE

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

